

Die Einführung von Studiengebühren ist ein kontrovers diskutiertes Thema. Umstritten ist insbesondere die Frage, inwiefern sie sozial verträglich sind und Studenten mittels Studiengebühren gegenüber den restlichen Steuerzahlern an den Kosten des Studiums beteiligt werden sollen. Ab dem Sommersemester 1999 wurde in Bayern eine Gebühr von 1000 DM pro Semester zunächst für das Zweitstudium erhoben, ab dem Wintersemester 2005/06 kam eine Gebühr in Höhe von 500 € pro Semester für Langzeitstudierende hinzu. Durch die Änderung des bayerischen Hochschulgesetzes zum 1. Januar 2007 wurde beides ab dem Sommersemester 2007 von allgemeinen Studiengebühren abgelöst, die an Universitäten und Kunsthochschulen zwischen 300 € und 500 € und an Fachhochschulen zwischen 100 € und 500 € betragen. Faktisch sieht es jedoch so aus, dass fast jede Universität den Höchststrahmen von 500 € ausschöpft. Hinzu kommt der Beitrag für das Studentenwerk von 35-50 €, sodass jede/r Studierende um die 550 € pro Semester berappen muss. In Bayern haben schon viele Hochschulgruppen vergeblich versucht, die Studiengebühren an ihrer Hochschule zu senken. Dies führt jedoch regelmäßig zu großem Widerstand seitens der politischen Parteien. Am 19. November 2010 ging vom Büro des FDP-Politikers Wolfgang Heubisch, dem bayerischen Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, ein Schreiben an die Hochschulpräsident/-innen und -rektoren raus, in dem er fordert, die vorhandenen Restmittel (unverbrauchte Studiengebühren) schnellstmöglich abzubauen. Hierin merkte er an, die studentische Mitsprache würde den „zeitnahen und vollständigen Mittelabfluss“ erschweren. „Um die politische Unterstützung für die Erhebung der Studienbeiträge in Bayern nicht zu gefährden, möchte [er] aber im nächsten Jahr dennoch nicht von einem weiteren Ansteigen der Restmittel berichten müssen, sondern auf einen Abfluss der angesparten Reste hinweisen können.“ Der Inhalt des Schreibens stieß unter den Studierenden und Mitarbeitern der Hochschulen auf heftige Kritik. Der Mittelabfluss wird immer wieder diskutiert, so erst in der Süddeutschen Zeitung. Das Ansinnen der Freien Wähler, ein Volksbegehren gegen Studiengebühren zu starten, hat die erste Hürde genommen: genügend Unterschriften seien beisammen und das Innenministerium werde diese prüfen. Nur noch Bayern und Niedersachsen erheben Studiengebühren.